

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Teil 1: Einleitung	1
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
B. Gang der Untersuchung	10
Teil 2: Abzugrenzende Begriffe und relevante Anwendungsfälle	15
A. Relativität der Begriffe und Einheit der Rechtsordnung	15
B. Abzugrenzende Begriffe	34
C. Anwendungsfälle des Betriebsbegriffs	55
D. Konsequenzen und weiteres Vorgehen	82
Teil 3: Der Betriebsbegriff beim Einzelunternehmer – ertragsteuerrechtliche Grundlagen eines allgemeinen Betriebsbegriffs	85
A. Teleologische Grundlagen einer betriebsbezogenen Ausgestaltung des Ertragsteuerrechts	85
B. Betriebsvielfalt beim Einzelunternehmer – der Betrieb als wirtschaftliche Einheit	153
C. Zusammenfassende Würdigung und weiteres Vorgehen	211
Teil 4: Der Betriebsbegriff bei den Handelsgesellschaften	215
A. Einheitsbegriff in Rechtsprechung und Schrifttum	216
B. Kritische Würdigung der steuerrechtlichen Begründungsansätze . . .	240
C. Zusammenfassende Würdigung	307

Teil 5: Die Begriffe „Betrieb“ und „Unternehmen“
in vergleichbaren Teilrechtsordnungen und in der
Betriebswirtschaftslehre 315

A. Betriebswirtschaftslehre 316

B. Arbeits- und Gesellschaftsrecht 322

C. Handelsrecht 345

D. Einheitsbegriff kraft Einheitlichkeit der Rechnungslegung? 392

E. Ergebnis 438

Teil 6: Schlussbetrachtungen 443

A. Wechselwirkungen von Begriffsinhalt und Betriebsbegriff 443

B. Kernthesen 466

C. Zusammenfassung und Ausblick 469

Abkürzungshinweis und Abbildungsverzeichnis 489

Literaturverzeichnis 491

Stichwortverzeichnis 523

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Teil 1: Einleitung	1
A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
B. Gang der Untersuchung	10
Teil 2: Abzugrenzende Begriffe und relevante Anwendungsfälle	15
A. Relativität der Begriffe und Einheit der Rechtsordnung	15
I. Terminologie und Relativität der Begriffe	15
II. Einheit der Rechtsordnung	21
1. Materielle Einheit der Rechtsordnung als „Einheitlichkeit der Begriffe“	21
2. Einheitlichkeit zwischen Teilrechtsordnungen	25
3. Einheitlichkeit innerhalb einer Teilrechtsordnung oder eines Gesetzes	29
4. Zusammenfassende Würdigung und Folgerungen	32
B. Abzugrenzende Begriffe	34
I. Differenzierung zwischen Begriffsinhalt und Begriffsumfang	34
II. Verwendungsformen des „Betriebs“ im Ertragsteuerrecht	40
1. Einkommen- und Gewerbesteuergesetz	40
a) Abgrenzung betrieblicher von privater Sphäre	40
b) Begriffe im Sinne eines „Betreibens“	43
c) Die Betriebsstätte als örtliche Belegenheit	43
d) Ergebnis	45
2. Körperschaftsteuergesetz	45
III. Synonymität von „Betrieb“ und „Unternehmen“ im Ertragsteuerrecht	46
1. Einkommensteuergesetz	47
2. Gewerbesteuergesetz	50

3. Unternehmensbegriff in § 14 Abs. 1 S. 1 KStG	51
4. Ergebnis	55
C. Anwendungsfälle des Betriebsbegriffs	55
I. Einzelunternehmer	56
1. Betriebsbezogene Gewinnermittlung	56
a) Allgemeine Gewinnermittlung	56
b) Betriebsidentität	61
c) Wechselwirkungen von Begriffsinhalt und Betriebsbegriff	70
2. Überführung von Wirtschaftsgütern	73
3. Verfahrensrecht	74
4. Praktische Auswirkungen	76
5. Ergebnis und Folgerungen	76
II. Gesellschaften	78
1. Betriebsbezogene Gewinnermittlung	78
2. Wechselwirkungen von Begriffsinhalt und Betriebsbegriff	80
3. Betriebsidentität	81
4. Ergebnis	82
D. Konsequenzen und weiteres Vorgehen	82
Teil 3: Der Betriebsbegriff beim Einzelunternehmer – ertragsteuerrechtliche Grundlagen eines allgemeinen Betriebsbegriffs	85
A. Teleologische Grundlagen einer betriebsbezogenen Ausgestaltung des Ertragsteuerrechts	85
I. Die Möglichkeit teleologischer Maßstäbe für Fiskalzwecknormen . .	88
II. Teleologische Maßstäbe im Einkommensteuerrecht	90
1. Der Betrieb als Einkunftsquelle im Sinne der Markteinkommens- und einer allgemeinen Quellentheorie	92
2. Zusammenfassende Würdigung und Folgerungen	107
3. Objektbezogene Leistungsfähigkeitsaspekte im Einkommen- steuerrecht	111
4. Der Betrieb als technische Gewinnermittlungseinheit	121
5. Ergebnis	125
III. Teleologische Maßstäbe im Gewerbesteuerrecht	126
1. Der Objektsteuercharakter als Ausdruck objektiver und objektbezogener Leistungsfähigkeit	127
a) Vorherrschende Interpretationen des Objektsteuercharakters in Rechtsprechung und Schrifttum	127

<i>b) Der weite Betriebsbegriff auf Grund der Besteuerung persönlicher Leistungsfähigkeit nach R. Schumacher</i>	129
<i>c) Der enge Betriebsbegriff als Ausdruck objektbezogener Leistungsfähigkeit</i>	135
2. Äquivalenzprinzip und Fundustheorie	148
IV. Ergebnis und Folgerungen	150
B. Betriebsvielfalt beim Einzelunternehmer – der Betrieb als wirtschaftliche Einheit	153
I. Einkommensteuerrecht	153
1. Weiter Betriebsbegriff	154
2. Mittlerer Betriebsbegriff	157
3. Enger Betriebsbegriff	159
4. Stellungnahme unter besonderer Berücksichtigung der Historie	163
5. Ergebnis und weiteres Vorgehen	182
II. Gewerbesteuerrecht	184
1. Begriffsumfang	185
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Schrifttum	185
b) Stellungnahme unter besonderer Berücksichtigung der Historie	192
2. Betriebsidentität	207
III. Ergebnis	210
C. Zusammenfassende Würdigung und weiteres Vorgehen	211
Teil 4: Der Betriebsbegriff bei den Handelsgesellschaften	215
A. Einheitsbegriff in Rechtsprechung und Schrifttum	216
I. Personenhandelsgesellschaften	216
1. Der Ansatz der herrschenden Meinung	217
a) Gewerbliche Personengesellschaften	217
aa) Einheitsbegriff im Begriffsumfang	218
bb) Ablehnung einer fiktiven Betriebsidentität im Gewerbesteuerrecht	221
b) Einheitsbegriff im Begriffsumfang bei den übrigen Personengesellschaften	224
2. Abweichende Ansätze	229
a) Enger Betriebsbegriff im Begriffsumfang	229
b) Einheitsbegriff in der Betriebsidentität im Gewerbesteuerrecht	232

II. Kapitalgesellschaften	233
1. Einheitsbegriff der herrschenden Meinung in Begriffsumfang und in Betriebsidentität	234
2. Abweichende Ansätze	237
B. Kritische Würdigung der steuerrechtlichen Begründungsansätze . . .	240
I. § 8 Abs. 2 KStG	241
II. § 2 Abs. 2 S. 1 GewStG	244
1. Regelungswirkung für den Begriffsumfang	244
a) Grammatikalische und systematische Auslegung	244
b) Teleologische Auslegung anhand des Objektsteuercharakters . .	246
c) Historisch-genetische Auslegung	248
2. Begrenzter Anwendungsbereich der Vorschrift	253
III. § 15 Abs. 3 EStG	256
1. Regelungswirkung für den Begriffsumfang	257
2. Begrenzter Anwendungsbereich der Vorschrift	263
3. Zwischenergebnis	269
IV. Die „Einheit der Gesellschaft“ als Gewinnermittlungssubjekt . . .	271
V. Systematische Auslegung anhand der § 8 GewStDV, § 64 Abs. 2 AO und des Betriebs gewerblicher Art	274
VI. Inkonsistenzen bei der Anwendung der Betriebsidentität im Vergleich zwischen den Rechtsformen und mit dem Teilbetrieb . . .	278
VII. Praktische und dogmatische Hürden des Einheitsbegriffs im Rahmen von Aufgabe- und Übertragungsvorgängen	286
1. Faktische Betriebsidentität durch den Einheitsbegriff im Begriffsumfang	287
2. Anwendbarkeit der Betriebsidentität bei ertragsteuerrechtlichen Aufgabe- und Übertragungsvorgängen	292
3. Konsequenzen für das Erfordernis der Betriebsidentität im Einkommensteuerrecht	301
C. Zusammenfassende Würdigung	307
Teil 5: Die Begriffe „Betrieb“ und „Unternehmen“ in vergleichbaren Teilrechtsordnungen und in der Betriebswirtschaftslehre	
315	
A. Betriebswirtschaftslehre	316
B. Arbeits- und Gesellschaftsrecht	322
I. Begriffe des Betriebsverfassungsgesetzes	323
1. Unternehmensbegriff	324
2. Der Unternehmensbegriff als Einheitsbegriff	327

a) Der handels- und gesellschaftsrechtliche Begründungsansatz der herrschenden Meinung	328
b) Der betriebsverfassungsrechtliche Begründungsansatz nach Joost	334
3. Konsequenzen	338
4. Betriebsbegriff	339
II. § 613a BGB	342
III. Ergebnis	344
C. Handelsrecht	345
I. Grundlagen und Betriebsvielfalt nach der herrschenden Meinung	346
1. Die Begriffe „Gewerbebetrieb“, „Handelsgewerbe“, „Handelsgeschäft“, „Betrieb“ und „Unternehmen“ als Synonyme im Begriffsumfang	346
2. Anwendungsbereich des Begriffsumfangs	349
3. Betriebsvielfalt nach der herrschenden Meinung	352
II. Der handelsrechtliche Einheitsbegriff nach K. Schmidt und dessen kritische Würdigung	360
1. Einheitlichkeit kraft Identität von Rechtsträger und Betrieb?	361
2. Einheitlichkeit kraft Kongruenz von Firma und Betrieb?	362
3. Einheitlichkeit kraft vollumfänglicher Kaufmannseigenschaft?	371
a) Einheitlichkeit der Kapitalgesellschaften gemäß § 6 Abs. 1 HGB?	372
aa) Grammatikalische, systematische und teleologische Auslegung	372
bb) Historisch-genetische Auslegung	374
cc) Konsequenzen	379
b) Einheitlichkeit der Personengesellschaften wegen der Einheit des rechtlichen Charakters?	381
4. Einheitlichkeit kraft haftungsrechtlicher Vermögenseinheit?	384
III. Ergebnis und weiteres Vorgehen	390
D. Einheitsbegriff kraft Einheitlichkeit der Rechnungslegung?	392
I. Das Schrifttum	394
II. Grammatikalische und systematische Auslegung der §§ 238 ff. HGB unter Einbeziehung ihrer Entstehungsgeschichte und der Bilanzrichtlinie	400
1. Wortlaut	400
2. Systematische Auslegung durch Vergleich der § 241a HGB und § 141 AO	404
3. Bilanzrichtlinie	406

III. Die Zwecke der §§ 238ff. HGB	406
1. Die Einordnung der Zwecke im Hinblick auf ihre Betriebs- oder Rechtsträgerbezogenheit	408
2. Kritische Würdigung der Zwecke im Überblick	413
IV. Zusammenfassende Würdigung	418
V. Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Rechnungslegungseinheit für das Ertragsteuerrecht?	420
VI. § 1 Abs. 5 PublG	434
E. Ergebnis	438
Teil 6: Schlussbetrachtungen	443
A. Wechselwirkungen von Begriffsinhalt und Betriebsbegriff	443
I. Abhängigkeit der Betriebsidentität von den Tatbeständen des Begriffsinhalts sowie neuere Grundsätze der Rechtsprechung	443
II. Abhängigkeit des Begriffsumfangs von der Einkunftsart	453
B. Kernthesen	466
C. Zusammenfassung und Ausblick	469
Abkürzungshinweis und Abbildungsverzeichnis	489
Literaturverzeichnis	491
Stichwortverzeichnis	523